



**Protokoll der öffentlichen Sitzung
des Beirats von und für Menschen mit Behinderung
im Bezirk Tempelhof – Schöneberg**

Datum:	11.11.2015	Anwesende:	siehe Anwesenheitsliste
Leitung:	Frau Lutze	Beginn:	17:00 Uhr
Ort:	Pinellodrom Dominicusstraße 5-9 10823 Berlin	Ende:	19:00 Uhr
		Protokoll:	Herr Gillmeister

**1. Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Genehmigung des Protokolls
vom 02.09.2015**

Fr. Lutze begrüßt die Teilnehmer*innen und speziell die Gäste des in Schöneberg ansässigen Vereins Familienarbeit und Beratung (FAB e.V.). Sie teilt mit, dass Fr. Czycykowski, Fr. Schöttler, Fr. Suka, Hr. Brass, Hr. Foster, Hr. Brühl und Hr. Klee, entschuldigt sind. Die Teilnehmer*innen stellen sich kurz mit Namen, Organisation und Tätigkeitsschwerpunkt vor.

Die Beschlussfähigkeit des Beirats wird festgestellt.

Das Protokoll vom 02.09.2015 wird angenommen.

2. Bestätigung der endgültigen Tagesordnung

Die Tagesordnung wird bestätigt.

3. FAB e.V. (Familienarbeit und Beratung) stellt sich vor.

Referent*innen: Frau Kampen, Herr Knäpper, Frau Schultes, Frau Zimmermann

Die Referent*innen verteilen ein Handout mit den PowerPoint-Tafeln Ihres Vortrages (dem Protokoll als Anlage beigefügt) und eine Informationsmappe zu den Angeboten von FAB e.V.

In der Diskussion werden folgende Punkte angesprochen:

Die Angebote von FAB e.V. sind überwiegend ambulante Unterstützungsleistungen für Menschen mit Behinderung, nach SGB XII oder SGB VIII.

Im Bereich „Freizeit und Beratung“ sei der „Offene Nachmittag“ fest in der Hand von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen. Bislang sei es trotz Ansprache und Einladung nicht gelungen, auch junge Menschen ohne Behinderung zum Besuch des Treffs zu motivieren.

Die Frage von Hrn. Seiler (angesichts eines Fallbeispiels mit Kindesentzug in Steglitz) nach der Verfügbarkeit des Instrumentes „Familienrat“ in allen Berliner Bezirken, also nach einer Vorgehensweise, die Zwangsmaßnahmen vorgeschaltet ist, wird dahingehend beantwortet, dass es den „Familienrat“ nicht in allen Bezirken gibt. Das Jugendamt Mitte ist Vorreiter; der Familienrat sei als neue Maßnahme im Rahmen der Hilfen zur Erziehung auf Initiative des Jugendamtes eingerichtet worden.

Weiterhin informieren die Referent*innen auf entsprechende Fragen:

1. FAB e.V. ist schwerpunktmäßiger Träger für Hilfen zur Erziehung (HzE) in Schöneberg-Süd, während ansonsten – dabei auch der Ortsteil Tempelhof – jede der 7 Regionen im Bezirk ihren eigenen Schwerpunkt-Träger für die HzE hat. Im Autismusbereich ist der FAB e.V. berlinweit tätig.
2. Im Hinblick auf den Übergang in den Erwachsenenbereich existiert eine Übergangsphase vom 18. bis zum 27. Lebensjahr, wobei aber der Übergang i.d.R. ab

der Schwelle von 18 Jahren durchgesetzt wird und es Ausnahmen vor allem im Zusammenhang mit einem Schulbesuch bis zum Alter von 20 oder 21 Jahren gibt.

3. Die Finanzierung von FAB e.V. erfolgt vor allem über das Jugendamt und das Sozialamt sowie für den Autismustreff über Aktion Mensch und für andere Projekte über Stiftungen.

Die Referent*innen weisen auf das neue FAB-Angebot OBS (Online-Beratung Schöneberg, siehe Flyer in der Informationsmappe) hin.

4. Berichte aus den Arbeitsgruppen (AG's): AG Barrierefreier Verkehrsraum

Fr. Schneider berichtet, dass vom Fachbereich Straßenbau ein neuer Kollege in der AG Barrierefreier Verkehrsraum mitwirken wird. Dieser habe bereits einige seit Langem ausstehende Rückmeldungen über getätigte Maßnahmen für unsere Prio-Liste nachliefern können.

Im Hinblick auf die Begegnungszone Maaßenstraße berichtet Fr. Schneider, dass eine Liste mit Nachbesserungsvorschlägen erstellt wurde (liegt den Beiratsmitgliedern vor) und dass das Thema auf der Landeskonzferenz der Behindertenbeauftragten behandelt wurde.

Die AG Barrierefreiheit bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat für Anfang 2016 einen Begehungstermin in der Maaßenstraße vereinbart.

Im Hinblick auf die Mängelliste hat sich ergeben, dass das BA für die durch Kanaldeckel unterbrochenen Auffindestreifen nicht zuständig ist. Fr. Schneider hat sich in der Angelegenheit an SenStadt gewandt, und um Nachbesserung gebeten.

Alle übrigen Mängelmeldungen liegen dem FB Straßenbau zur Abarbeitung vor.

Der Vorschlag, entlang der zulässigen Begrenzung für Außengastronomie eine durchgehende taktile Markierung zu verlegen, werde geprüft werden.

Was die Evaluation betrifft, so unterstützt Fr. Schöttler den bekannten Vorschlag des Beirats und hat sich diesbzgl. an SenStadtUm gewandt.

Baustadtrat Hr. Krüger habe sich für die Vorschläge im Hinblick auf das Nutzungsstatut bedankt. Er sieht jedoch davon ab, dieses Statut zum jetzigen Zeitpunkt textlich zu ändern.

Allerdings seien die Empfehlungen von Fr. Schneider an die für Sondernutzungen zuständigen Stellen im Bezirksamt weitergeleitet worden. Von dort werde Frau Schneider in die Überarbeitung der allgemeinen Nebenbestimmungen für Sondernutzungen einbezogen.

In Bezug auf in der Vergangenheit teilweise kurzfristige und eher inoffizielle Sitzungseinladungen von BVV-Ausschüssen an Beiratsmitglieder zwecks Stellungnahme zu oder Beratung von bestimmten Sachverhalten, regt Frau Schneider an, die BVV zu bitten, dass gezielte Einladungen zwecks Stellungnahme/Beratung ausschließlich an den Vorstand des Beirates mit Benennung des Beratungsgegenstandes gerichtet werden.

Der Vorstand kann dann untereinander abstimmen, ob jemand vom Vorstand oder aus dem Beirat den Termin als Beiratsvertreter*in wahrnehmen kann.

Weiterhin sollte deutlich gemacht werden, dass eine Positionierung des Beirates die einzuholende Stellungnahme oder Expertise der Beauftragten für Menschen mit Behinderung nicht ersetzt.

Frau Schneider steht bei Bedarf für inhaltliche Vorbereitung solcher Ausschuss-Termine zur Verfügung.

Der Beirat nimmt diesen Vorschlag an.

5. Berichte aus den Gremien und BVV Ausschüssen:

Kundenbeirat BVG (Hr. Foster)

Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft (PSAG) Te-Schö: Untergruppe „Wohnen“,

PSAG-Plenum (beides: Fr. Lutze)

BVV-Ausschüsse:

Soziales und Senioren; Gesundheit: Fr. Christian
Wirtschaft: Hr. Lund
Frauen-, Queer- und Inklusionspolitik: Fr. Lutze

Kundenbeirat BVG

entfällt

Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft (PSAG) Te-Schö: Untergruppe „Wohnen“ und PSAG-Plenum

PSAG Plenum: Das Plenum am 14.10.2015 hatte als einzigen Tagesordnungspunkt das Thema „Flüchtlinge in Berlin – Aufgaben für die psychosoziale Versorgung“. Es gab einleitend von der Bezirksstadträtin Frau Dr. Klotz eine Übersicht über die Aktivitäten zur aktuellen Thematik im Bezirk. Aus ihrer direkten Arbeit berichteten folgende Träger: Träger der Notunterkunft Tempelhofer Weg, Xenion, Les Migras/Lesebenberatung, Beratungsstelle für queere Flüchtlinge der Schwulenberatung und Albatros. Insbesondere Albatros berichtete, dass inzwischen auch Menschen mit Behinderung unter den Flüchtlingen seien.

„Untergruppe Wohnen“ (UGW) am 03.11.2015: Der anvisierte Termin mit dem Fallmanagement (FM) Te-Schö für den 13.11.2015 findet nicht statt, da aktuell keine Themen besprochen werden müssen. Es wird im ersten Halbjahr 2016 den nächsten Termin mit dem FM geben.

Gesprächsbedarf seitens der UGW besteht hingegen mit dem bezirklichen Sozialpsychiatrischen Dienst (SpD) zum Thema „Unterstützung bei der Wohnungssuche für Menschen mit Behinderung“ für Klienten im Betreuten Einzelwohnen (BEW). Es wurde von einigen Fällen berichtet, dass Klienten für die Unterstützung der Wohnungssuche keine BEW-Stunden mehr befürwortet bekommen haben. Die Begründung dafür sei die Erfolglosigkeit der Wohnungssuche auf dem angespannten Wohnungsmarkt. Die Psychiatriekoordinatorin Frau Thoman berichtet von ähnlichen Erfahrungen für den psychiatrischen Versorgungsbereich.

BVV-Ausschuß für Soziales und Senioren; Gesundheit

Fr. Christian informiert über den Bericht im Ausschuss für Gesundheit zur medizinischen Versorgung von Flüchtlingen sowie über einen Antrag zu Mobilitätshilfen; sie konstatiert, dass es sich dabei um ein „Dauerthema“ handle.

Frau Christian informiert, dass die Seniorenvertretung ihre 2. Senioren-BVV am 21.04.2016 von 14:00 bis 17:00 Uhr veranstalten wird.

Weiter weist Frau Christian auf den „Toiletten-Wegweiser“ mit Kennzeichnung barrierefreier Toiletten für Tempelhof-Schöneberg hin. Dieser wurde von der Seniorenvertretung mit Unterstützung der Beauftragten für Menschen mit Behinderung erstellt. Der Flyer wird an die Beiratsmitglieder verteilt.

BVV-Ausschuss für Wirtschaft.

Hr. Lund teilt mit, dass es keine für den Behindertenbeirat relevanten Themen gegeben hat.

BVV-Ausschuss für Frauen-, Queer- und Inklusionspolitik

Die Ausschusssitzung im September konnte von Frau Lutze nicht wahrgenommen werden. Sie informiert den Beirat, dass sie irritiert sei über die Protokollführung des Ausschusses in Bezug auf die Wiedergabe ihrer ausführlichen Berichte zum regelmäßigen TOP „Bericht aus dem Beirat von und für Menschen mit Behinderung“. Ihre Beiträge seien in den letzten ihr vorliegenden Protokollen sinnentstellend verkürzt oder nur rudimentär dargestellt worden sowie seien Organisationen fehlerhaft benannt worden. Auf ihre Nachfrage diesbezüglich beim Ausschussvorsitzenden erhielt sie die Antwort, dass diese Form der Protokollführung üblich sei.

6. Bericht des Vorstands

Fr. Gebhard informiert abschließend über die Rückmeldungen der Stadträte*innen zu der vom Beirat angeregten Abfrage zur Berücksichtigung inklusionsspolitische Belange gemäß UN-BRK im mittlerweile verabschiedeten Bezirkshaushalt (s. hierzu die Erläuterungen von Frau Schneider im Protokoll der Beiratssitzung vom 2.9.15).

Im Nachgang seien noch Rückmeldungen von Bezirksstadtrat Herrn Schworck (Jugend, Ordnung, Bürgerdienste) und von Bezirksbürgermeisterin Frau Schöttler eingegangen (beide negativ: keine Haushaltsmittel für explizit inklusionsspolitische Belange), von Bezirksstadträtin Frau Kaddatz (Bildung, Kultur, Sport) liegt keine Rückmeldung vor.

Fr. Gebhard hält fest, dass die im Rahmen der Haushaltsberatungen eingebrachte Forderung des Beirats nach der Einrichtung einer Behindertenberatungsstelle im Gesundheitsamt gemäß gesetzlicher Vorgaben, den BVV-Fraktionen bekannt gewesen sei. Inzwischen sei der Haushalt verabschiedet. Die bestehende Beratungsstelle für Menschen mit Krebs- und Aidserkrankungen sei demnach nicht erweitert und aufgestockt worden. Der Vorstand sei irritiert und frage sich, ob die Fraktionen bzw. die im Beirat vertretenen Fraktionsmitglieder die Beiratsforderung nach der Behindertenberatungsstelle überhaupt in den Haushaltsberatungen kommuniziert haben.

Fr. Sommerfeld (SPD-Fraktion) wirft ein, diese Forderung nicht zu kennen. Sie könne sich aber gerne in ihrer Fraktion sachkundig machen und auf der nächsten Beiratssitzung informieren. Frau Schneider und Frau Gebhard weisen darauf hin, dass dies nun nicht mehr nötig sei, da der Haushalt bereits beschlossen sei, offensichtlich ohne Mittel bereitzustellen für eine entsprechende Erweiterung der Beratungsstelle.

Vom Vorstand wird nachdrücklich darauf hingewiesen, dass die Fraktionsvertreter*innen im Beirat aufgefordert waren, das Anliegen des Beirats zu kommunizieren. Frau Gebhard betont, dass die Forderung des Beirats nach einer Behindertenberatungsstelle umfassend in den Sitzungsprotokollen dokumentiert sei. Über das entsprechende Schreiben, mit dem sich der Beiratvorstand an Bezirksbürgermeisterin Frau Schöttler gewandt habe, sei im Beirat ebenfalls ausführlich gesprochen worden. Darüber hinaus sei die Forderung über Frau Lutze in den BVV-Ausschuss für Frauen-, Queer- und Inklusionsspolitik eingebracht worden, worüber der Beirat ebenfalls informiert worden sei. Der Beirat sei bislang davon ausgegangen, dass die dem Beirat angehörenden Fraktionsmitglieder solche Anliegen zur Kenntnis nehmen und in ihren Fraktionen beraten. Man sei enttäuscht, dass dies nicht geschehen sei.

Frau Marx (CDU-Fraktion) legt dar, dass sie sich leider erfolglos in ihrer Fraktion für die Forderung eingesetzt habe.

Frau Christian bringt ein, dass es die Aufgabe der Bezirksbürgermeisterin gewesen sei, im Sinne der Beiratsforderung auf die Bezirkshaushaltsplanung als zuständige Verantwortliche einzuwirken.

Frau Schneider gibt zu bedenken, dass ihres Wissens nach die Forderung durch Frau Schöttler zwar im Haushaltsausschuss eingebracht wurde, dort aber von keiner Fraktion Unterstützung fand. Sie weist darauf hin, dass der Bezirkshaushalt von der BVV, also den Fraktionen, verabschiedet werde.

7. Bericht der Beauftragten für Menschen mit Behinderung - Frau Schneider

Fr. Schneider verteilt ihre bereits per mail versandte Einladung zu einer Führung im Deutschen Historischen Museum anlässlich des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderung am 03.12.2015.

Sachstand Fahrstuhl Friedrich-Wilhelm-Platz

Fr. Schneider informiert, dass der Fahrstuhl an der U-Bahn-Station Friedrich-Wilhelm-Platz von der BVG gebaut wird. Der ABSV habe sie darauf hingewiesen, dass die Zugänge zum Fahrstuhl nicht barrierefrei seien, weder für blinde oder sehbehinderte Menschen, noch für Rollator- und Rollstuhlnutzer*innen. Die BVG habe diesbezüglich auf die Zuständigkeit des Bezirksamtes

verwiesen. Die von Frau Schneider angefragte Rückmeldung des Baustadtrats liege bislang nicht vor.

Sachstand Breslauer Platz

Fr. Schneider informiert, dass gemäß BVV-Beschluss unter Entfernung der Bordsteinkanten ein Fußgängerbereich eingerichtet werden soll. Das BA habe ein „Teileinziehungsverfahren“ für die Lauterstraße eingeleitet, und gleichzeitig mit dem Rückbau der Bordsteinkanten bei laufendem Verkehr begonnen. Kritisch sei, dass solange dem Antrag auf „Teileinziehung“ der Verkehrsstraße nicht entsprochen wird von der zuständigen Behörde, weiterhin normaler Verkehr fließt, ohne dass es eine Abgrenzung zur Straße gibt durch Bordsteinkanten. Der zuständige Fachbereich für Straßenbau lässt sich zur Zeit vom ABSV über Alternativlösungen beraten, um den Belangen der sehbehinderten und blinden Menschen möglichst entsprechen zu können. Fr. Schneider selbst sei von der Fachverwaltung nicht regulär in das Verfahren eingebunden.

Der Beirat befürwortet einhellig den Vorschlag von Fr. Schneider, Baustadtrat Hrn. Krüger zur Beiratssitzung im Januar einzuladen. Die AG Barrierefreier Verkehrsraum möge dann diesen TOP inhaltlich vorbereiten.

Auf die in diesem Zusammenhang aus dem Beirat gestellte Frage nach Informationen zum Stand der barrierefreien Umgestaltung des S-Bahnhofes Marienfelde weist Fr. Schneider darauf hin, dass Hr. Krüger in dieser Sache nicht zuständig sei, sondern die DB S-Bahn AG.

8. Verschiedenes:
entfällt